

FDP Bayern – Goethestraße 17 – 80336 München

Frau Gabriele Obst
LandesSeniorenVertretung Bayern e.V.
Schellingstr. 155
80797 München

München, 27.06.2018

Martin Hagen

Spitzenkandidat der FDP Bayern für
die Landtagswahl 2018
Mail: martin.hagen@fdp-bayern.de

www.fdp-bayern.de
mail@fdp-bayern.de

FDP Bayern
Goethestraße 17
80336 München

T: 089/126009-0

Deutsche Bank München
IBAN: DE6470070010066662200
BIC: DEUTDEMXXX

Antworten zu Ihren Wahlprüfsteinen

Frage 1: Umsetzung der Seniorenpolitischen Gesamtkonzepte

Es ist eine ganz wichtige Aufgabe von Seniorenbeauftragten und Seniorenräten, Bürgermeistern, Stadträten und Kreisräten immer wieder an die Umsetzung der seniorenpolitischen Gesamtkonzepte zu erinnern. Diejenigen Stadträte und Kreisräte, die für das Thema offen sind, muss man immer wieder bitten, sich in den Kommunalinstitutionen dafür stark zu machen. Es ist auch möglich und wünschenswert, einen gemeinnützigen Verein zu gründen, der in seiner Satzung die Aufgabe der Umsetzung verankert hat (dies wurde im Oberallgäu gemacht). Durch Quartierskonzepte können die Forderungen der seniorenpolitischen Gesamtkonzepte unterstützt werden. Sie bieten die gesellschaftliche Teilhabe und die Gemeinschaft von Jung und Alt in den Stadtteilen.

Frage 2: Altersarmut

Wichtig ist, dass bereits ab Berufseintritt für eine private Vorsorge als dritter Säule der Altersversorgung gesorgt wird. Die Beiträge sind für Berufseinsteiger niedrig und können so eher geleistet werden, als in späteren Jahren. Gerade für Frauen und zunehmend auch für Männer ist es wichtig, dass von politischer Seite für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesorgt wird, damit keine Beitragsjahre in der Rentenversicherung fehlen. Die Mietkosten betragen nach neuesten Untersuchungen 40 bis 60 % der Einkommen von älteren Menschen. Deswegen ist es wichtig und sinnvoll, Wohneigentum für das Alter zu schaffen, denn dieses ist inflationssicher. Die FDP will die Grunderwerbsteuer abschaffen und setzt sich dafür ein, dass der Bau und der Erwerb von selbstgenutztem Eigentum nicht durch überzogene Bauvorschriften und Bürokratie behindert werden. Außerdem will die FDP eine flexible Altersgrenze für den Renteneintritt. Jeder, der möchte, sollte auch weiterhin arbeiten dürfen und sich dadurch noch notwendige Renteneinkünfte sichern können.

Frage 3: Pflege

Den Forderungen der LSVB nach einer Anhebung des Pflegeschlüssels, einer deutlichen Anhebung der Vergütungen für Pflegeberufe, einer Vereinfachung der Arbeitsorganisation, besonders der Dokumentation und einer Verbesserung der Ar-

beitsstrukturen stimmt die FDP vorbehaltlos zu, ebenso einer Einführung von Pflegegeld auch in Bayern. Um die Wertschätzung der Altenpflege in der öffentlichen Wahrnehmung zu verbessern, ist eine Akademisierung als Anreiz für die Ausbildung zu Pflegeberufen zu schaffen.

Die Maßnahmen, die im Koalitionsvertrag von CDU-CSU-SPD vorgesehen sind, halten wir nicht für ausreichend. 13.000 Pflegekräfte mehr in Aussicht zu stellen ist reine Rhetorik, weil es sie derzeit nicht gibt und weil sogar 50.000 – 60.000 Pflegekräfte fehlen. Die FDP begrüßt die Etablierung des neuen Pflegebeauftragten des Bundes. Seine Aufgabe ist es, z. B. die Abschaffung des Schulgeldes an Berufsfachschulen im medizinischen Bereich voranzutreiben, wie sie im Koalitionsvertrag verankert ist. Das größte Problem ist aber, mehr Menschen zu finden, die sich für Berufe in der Altenpflege entscheiden. Wir sehen hier auch Probleme, wenn die generalistische Ausbildung in den Pflegeberufen eingeführt wird. Die FDP hatte sich für eine gemeinsame einjährige Ausbildung eingesetzt und danach für eine zweijährige differenzierte praktische Ausbildung. So haben wir die Befürchtung, dass für die Auszubildenden der Beruf in der Kinder- und Krankenpflege attraktiver ist als in der Altenpflege. Ganz wichtig ist es, Frauen und auch Männer nach der Familienphase in den Beruf der Altenpflege zu holen. Ebenso wichtig ist es, die Weiterbildung von Pflegehelfern zu Fachkräften zu forcieren.

Um den gravierenden Pflegenotstand zu mildern, ist es aber unerlässlich, mehr Geld für die Pflege bereit zu stellen. Der Pflegebeitrag muss erhöht werden.

Geriatrische Rehabilitation führt in den meisten Fällen dazu, dass Patienten weiterhin selbständig bleiben können und dass ihre Angehörigen bei der Pflege entlastet werden. Die Krankenkassen lehnen in vielen Fällen die Rehabilitation zuerst ab, sodass man sie einklagen muss, um sie zu erhalten. Der Fehler liegt im System: Wenn die Pflegekasse und nicht die Krankenkasse für die Finanzierung der Rehabilitation aufkommen müsste, so hätte sie ein Interesse daran, dass eine Unterbringung in ein Pflegeheim hinausgeschoben oder verhindert würde. Die Kosten für eine Unterbringung in der stationären Pflege sind um ein Vielfaches höher als eine geriatrische Reha, ganz abgesehen davon, dass es der Wunsch der Patienten ist, so lange wie möglich zu Hause zu bleiben. Das Entlassmanagement nach einem Krankenhausaufenthalt muss verbessert, die Kurzzeit- und Tagespflege ausgebaut werden, um Angehörige in der Pflege zu entlasten. Auch der Ausbau der Akutgeriatrie ist notwendig, weil immer mehr Patienten sowohl akut, wie auch rehabilitationsmäßig versorgt werden müssen.

Frage 4: Wohnen und Leben im Alter/Barrierefreiheit/Rollstuhlgerechtigkeit

Die FDP wird darauf drängen, dass das Programm „Bayern barrierefrei“, wie von der CSU angekündigt, bis 2023 umgesetzt wird. Zusätzlich wollen wir Folgendes berücksichtigt wissen: Im Wohnungsbau müssen alle geförderten Mietwohnungen bereits seit 2008 barrierefrei geplant werden. Förderungen gibt es auch für die Anpassung des Wohnbestandes an die Bedürfnisse älterer Menschen und der Menschen mit Behinderung. Wichtig sind auch Anreize in der Privatwirtschaft, bei der Planung im Wohnungsbau als auch beim Bau von Privathäusern die Architekten zu verpflichten, bei Bauvorhaben bereits jetzt die Frage späterer notwendiger Barrierefreiheit zu berücksichtigen. Barrierefreiheit ist nicht nur in öffentlichen Gebäuden unerlässlich, sondern auch besonders beim Erreichen von Arztpraxen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen hier keinen Zugang haben oder Hilfe benötigen. Es ist zu prüfen, ob günstige Darlehen für Umbaumaßnahmen vergeben werden können.

Frage 5: Bezahlbarer Wohnraum

Bezahlbarer Wohnraum für Senioren ist entscheidend für ein selbstbestimmtes Leben im Alter. Die Grundlagen hierfür müssen schon während des Erwerbslebens gelegt werden. Wohneigentum ist eine entscheidende Säule der Altersvorsorge. Die FDP will die Grunderwerbssteuer abschaffen und weniger Bürokratie und Auflagen beim Wohnungsbau, um die Kosten so niedrig wie möglich zu halten. Bauvorschriften bis ins kleinste Detail schrecken den privaten Bauherrn ab. Es gibt in den Regionen vor Ort soziale Wohnbauträger. Es ist sinnvoller, sie zu unterstützen, als neue staatliche großräumige Einrichtungen wie eine Landeswohnungsbaugesellschaft zu schaffen. Wichtig ist eine Beschleunigung der Verfahren bei Anträgen.

Frage 6: Mobilität/ Infrastruktur im ländlichen Raum

Die verantwortliche Politik hat die ländlichen Regionen aus den Augen verloren. Sie hat zu wenig Geld und zu wenig Kraft in die von Dörfern geprägten Landstriche gesteckt. Deutschland ist gespalten in blühende pulsierende Metropolen auf der einen Seite und weit zurückgefallenen, schwächelnden und vor allem deutlich überalterten ländlichen Räumen.

Die FDP fordert:

- Die Umstellung der Förderrichtlinien für öffentliche Zuschüsse – Größe darf nicht mehr „belohnt“ werden. Auch Klein- und Mittelzentren müssen sich entwickeln dürfen.
- Eine grundlegende Änderung der Niederlassungspraxis für Ärzte auf dem Land – sowohl was die Berechnung der „Vollversorgung“ angeht als auch die Vergütungssätze. Insbesondere muss der erhöhte Aufwand bei Hausbesuchen durch ein entsprechendes „Kilometergeld“ abgegolten werden.
- Einen auf die Bedürfnisse des „flachen Landes“ angepassten öffentlichen Personennahverkehr. Dafür ist eine realitätskorrekte Bedarfsermittlung bzw. Auswertung vorhandener Verkehrszahlen Voraussetzung.
- Eine Offensive für ein leistungsfähiges Internet auf dem „flachen Land“ – mit modernen Medien und einer ausreichenden Versorgung mit Internet – ist ein Anreiz für die Niederlassung von Unternehmen in der Fläche.
- Eine Werbeoffensive für die Vorteile des „flachen Landes“ – bezahlbare Mieten, gesunde Luft, geringere Lebenshaltungskosten, bessere Work-Life-Balance.
- Eine Grundversorgungspflicht für Sparkassen.

Frage 7: Wohnortnahe ärztliche Versorgung – nicht nur flächendeckend, sondern auch interdisziplinär vernetzt.

Wir haben in Deutschland immer weniger und immer ältere in eigener Praxis tätige Ärzte und immer mehr jüngere Ärzte im Angestelltenverhältnis entweder in Praxen oder in medizinischen Versorgungszentren. Dieser Strukturwandel zeichnet sich seit mehreren Jahren ab und führt dazu, dass vor dem Renteneintritt stehende niedergelassene Ärzte keine Nachfolger finden und Praxen besonders auf dem Land verwaisen und geschlossen werden. Die FDP befürwortet für die flächendeckende Versorgung im ländlichen Bereich das Hausarztmodell mit Versorgungsassistenten (Verah). Es handelt sich dabei um medizinische Fachangestellte mit großer Berufserfahrung und Zusatzqualifikation, die dem Hausarzt viele Hausbesuche abnehmen, ihn damit entlasten und die Patientenversorgung besonders für mobilitätseingeschränkte ältere Patienten optimiert. Bei Fragestellung kann sie mittels Monitoring mit dem zuständigen Arzt in Kontakt treten und dieser ist wiederum interdisziplinär mit diversen Fachärzten vernetzt und kann so bei akuten Notfällen die erforderlichen Schritte einleiten.

Auch die Telemedizin als Zusatzangebot ist eine Möglichkeit, dem Ärztemangel auf dem Lande abzuhelpfen. Sie ist eine Alternative ärztlichen Handelns im Einzelfall in unterversorgten Regionen. Das bedeutet, dass es laut Ärztetag eine flächendeckende, telemedizinische Versorgung nicht geben wird.

Frage 8: Altersdiskriminierung

Die FDP Bayern hat auf Antrag der Liberalen Senioren die Abschaffung der Altersgrenzen sowohl für die Berufung in das Schöffenamtsamt wie auch für Landräte, Oberbürgermeister und hauptamtliche Bürgermeister in Bayern mit fast einstimmiger Mehrheit in ihr Landeswahlprogramm aufgenommen. Sie vertritt auch die Abschaffung der Altersgrenze für Schöffen im Deutschen Bundestag.

Frage 9: Ausbau von Seniorenvertretungen

Natürlich haben wir den Entwurf des Gesetzes der LSVB gelesen. Wir haben allerdings den Wunsch, dass die Forderung nach einer Pflichtaufgabe der Kommunen konkretisiert wird. Was soll dies alles beinhalten? Die Forderung, in allen Kommunen verpflichtend Seniorenräte einzuführen, ist für kleine Gemeinden schwierig umzusetzen, sie sind wegen der notwendigen bürokratischen Maßnahmen überfordert. Wenn die seniorenpolitische Arbeit vor Ort durch Seniorenbeauftragte funktioniert, sollte man die Kommunen nicht verpflichten, Seniorenräte einzuführen, sondern die Seniorenbeauftragten in ihrer Arbeit unterstützen.

Fragen 10: Ehrenamtskultur

Ehrenamt kann nur gelingen, wenn die Wertschätzung der Kommune durch ausreichende Bereitstellung der nötigen Infrastruktur gewährleistet ist. Der ehrenamtlich Tätige muss auch sicher sein können, dass er keinen persönlichen Nachteil oder gar Schaden durch sein Ehrenamt erleidet. Die FDP setzt sich ein für ausreichende organisatorische staatliche Hilfen und eine leistungsfähige und leistungswillige Versicherung gegen alle Gefahren, die in der ehrenamtlichen Tätigkeit auftreten könnten. Eine steuerliche Erleichterung für notwendige persönliche Betriebsaufgaben könnte durch eine Ehrenamtszuschusspauschale gewährt werden. Wichtig ist die Wertschätzung von Seiten der Kommune durch Ehrenamtskarten o. ä. und eine öffentliche Anerkennung in den Medien.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Hagen
Spitzenkandidat der FDP Bayern